

eu top thema

Wirtschaftskammer Österreich

Juli 2018

DIE KOSTEN VON NICHT-SCHENGEN

Wirtschaftliche Auswirkungen neuer Grenzen in Europa

Inhalt

Zusammenfassung	2
Warenverkehr	3
Tourismus	4
Aktuell bereits entstandene Schäden	4
Potenzielle wirtschaftliche Schäden („Costs of Non-Schengen“)	5
Fazit	10

Zusammenfassung

Aufgrund der Flüchtlingskrise errichten zahlreiche europäische Länder neue Grenzbarrieren an oder nahe der Grenze. Aber diese neuen Barrieren verursachen Kosten für die Wirtschaft und reduzieren die positiven Effekte des Binnenmarktes. Doch wie groß sind diese "Kosten von Nicht-Schengen"? Und welche Effekte sind schon jetzt zu spüren?

Unvorhersehbare Wartezeiten, Probleme mit "Just-in-time-Lieferungen", die Notwendigkeit einer Verdoppelung der Chauffeure in Bussen und LKWs aufgrund der Arbeitszeitbeschränkung sind nur einige der Kostenfaktoren im Warenverkehr für Unternehmen. Aktuelle Schätzungen gehen (allein bei den Autobahngrenzenübergängen) schon derzeit von Kosten in Höhe von mindestens rund 3,2 Millionen Euro pro Stunde aus. Bei Einführung flächendeckender Kontrollen an allen Grenzen erhöhen sich diese Kosten auf ein Vielfaches.

Auch der Tourismus ist betroffen - einige Schigebiete in Salzburg verzeichnen schon jetzt einen signifikanten Rückgang von bayrischen Tagestouristen.

Nichts beherrscht derzeit mehr Politik, Medien und die öffentliche Meinung wie die Frage, ob Österreich (und die anderen europäischen Staaten in- und außerhalb der EU) wieder Grenzzäune und andere physische Barrieren („Türen mit Seitenteilen“) einführen. Die Reisefreiheit im Personenverkehr, die durch das Schengen-Abkommen eingeführt wurde, ist neben der gemeinsamen Währung im Euroraum die wohl augenscheinlichste Errungenschaft des europäischen Einigungswerks.

Ein Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion bisher eher wenig betrachtet wurde, ist, welche Kosten mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen für die private Wirtschaft verbunden sind. Es sind damit nicht die Anschaffungs- und Herstellungskosten für Zäune, Grenzmanagement und Sicherungsmaßnahmen gemeint, die primär von der öffentlichen Hand zu tragen sind, sondern die durch Wartezeiten verursachten Kosten im Verkehrsbereich, Verzögerung von Just-in-Time-Lieferungen, Pönalezahlungen bei Lieferverzögerungen, ausbleibende bayrische Tagestouristen z.B. in Schigebieten in Salzburg und Tirol oder von Ungarn, Slowaken am Semmering. Analog zu einer Studie, die die damalige EU-Kommission Ende der 80er Jahre zur Vollendung des Binnenmarktes erstellen ließ („Cecchini-Report - The Costs of Non-EU“¹), könnte man diese Betrachtung „The Costs of Non-Schengen“ nennen.

¹ Erstellt unter der Leitung des italienischen Bankers und Wirtschaftswissenschaftlers Paolo Cecchini im Auftrag der Europäischen Kommission, veröffentlicht am 29.3.1988; Kurzfassung in deutscher Sprache: Cecchini, P., Europa \92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988

Dazu vorweg ein paar wirtschaftliche Fakten über die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs insbesondere mit den Ländern der EU (Quelle: Statistik Austria, 2018):

Warenverkehr

- ▶ Mehr als die Hälfte des österreichischen Wohlstands werden im Ausland erwirtschaftet: 54 Prozent der Österreichischen Wertschöpfung basiert heute auf dem Export von Waren und Dienstleistungen.
- ▶ Der Anteil der reinen Warenexporte am Bruttoinlandsprodukt ist von 1995 bis 2017 von 23,4 Prozent auf 38,4 Prozent gestiegen (Exportquote im engen Sinn).
- ▶ Der Anteil der Waren und Dienstleistungsexporte am Bruttoinlandsprodukt ist von 1995 bis 2017 von 33,6 auf 54 Prozent gestiegen (Exportquote im weiten Sinn).
- ▶ Auch 2017 fiel der Großteil (ca. 70 Prozent) - des österreichischen Außenhandels auf Länder der EU. Alle an Österreich angrenzenden EU-Länder (auch die Schweiz) gehören zum Schengen-Raum.
- ▶ Seit dem Beitritt Österreichs zur EU stiegen die Exporte in die heutigen 27 anderen EU-Mitgliedstaaten von 33 Milliarden Euro im Jahr 1995 auf 99 Milliarden Euro im Jahr 2017.
- ▶ Im gleichen Zeitraum stiegen die Direktinvestitionen des Auslands in Österreich von 16 Milliarden Euro auf rund 155 Milliarden Euro (Quelle: OeNB, Juni 2018).

*„Ein Aspekt, der in der öffentlichen Diskussion
bisher eher wenig betrachtet wurde, ist,
welche Kosten mit der Wiedereinführung
von Grenzkontrollen für die private Wirtschaft verbunden sind.“*

Mit rund 70 Prozent aller Exporte und Importe ist die Europäische Union Österreichs bei weitem wichtigster Handelspartner. Offene (Wirtschafts-)Grenzen sind daher für die österreichische Wirtschaft unabdingbar.

Tourismus

Der Beitritt zur EU bzw. die EU-Erweiterung haben aber vor allem zu einem weiteren Zustrom von Touristen nach Österreich geführt: von ca. 106 Millionen Übernachtungen im Jahr 2017 von Nicht-Österreichern entfallen ca. 89 Millionen auf die anderen EU-Länder. Nach der Schengen-Erweiterung 2007 um die Mittel- und Osteuropäischen Länder haben sich die Touristennächtigungen im Vergleich 2005-2017 wie folgt entwickelt (Quelle: Statistik Austria 2018):

	Tschechien	Ungarn	Polen	Slowakei	Slowenien
Nächtigungen 2005	1.133.267	1.295.882	819.743	232.178	243.574
Nächtigungen 2017	2.849.294	1.871.013	1.884.891	738.169	467.691
Veränderung in %	+151 %	+44 %	+130 %	+217 %	+92 %

Schengen bedeutet auch einen Vorteil für Reisende aus Drittstaaten z.B. aus den wachsenden Herkunftsmärkten China, Indien und dem arabischen Raum, die für eine Europareise etwa mit den Destinationen Budapest-Prag-Wien nicht mehr drei verschiedene Visa brauchen, sondern nur noch ein Schengen-Visa.

Personenkontrollen durch (zeitweise) Außerkraftsetzung des Schengen-Abkommens führen zwangsläufig auch zu **Verzögerungen im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr** (insbesondere im Tourismus).

Aktuell bereits entstandene Schäden

3,2 Millionen Euro pro Stunde! Schon aufgrund der bisherigen Grenzkontrollen an einigen Grenzübergängen (wobei nur Grenzübergänge mit Asfinag-Dauerzählstellen berücksichtigt sind) entstanden für die Transportwirtschaft 2017 in Summe Mehrkosten von mindestens 3,2 Millionen Euro pro Stunde (an Werktagen; Quelle: Sparte Transport und Verkehr, WKÖ). Diese Kosten sind auf längere Stehzeiten der LKW und Busse an den Grenzen (Schätzung durchschnittlich 1 Stunde/Tag) und auf höhere Sach- und Personalkosten zurückzuführen. Beispielsweise könnten die Wartezeiten an den Grenzen dazu führen, dass die maximalen Lenkzeiten für Bus- und LKW-Chauffeure überschritten werden. Entweder muss dann die Fahrt auf einem Rastplatz unterbrochen werden oder für die Fahrt ein zweiter Chauffeur eingesetzt werden.

Potenzielle wirtschaftliche Schäden („Costs of Non-Schengen“)

Mindestens 1,4 Milliarden Euro zusätzliche Kosten im Warenverkehr! Analog zu einer Studie der EU-Kommission Ende der 80er Jahre über die Kosten der Nichtvollendung des Binnenmarkts (Cecchini-Bericht „The Costs of Non-EU“) können die gesamtwirtschaftlichen Kosten geschätzt werden. Damals berechnete die EU-Kommission die Kosten der Grenzkontrollen im Warenverkehr mit rund zwei bis fünf Prozent des Warenwertes im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Unter Berücksichtigung, dass damals auch noch Bürokratiekosten für die Kontrolle der bereits weggefallenen Warenbegleitpapiere (bis zu 17 verschiedene Dokumente, u.a. für die Außenhandels-Statistik, Ursprungszeugnisse, (Phyto)-Sanitärzeugnisse, etc.) eingerechnet wurden, dürften die Schätzungen für die reinen Grenzkontrollen und Wartezeiten mit rund zwei Prozent - also am unteren Wert der damaligen Schätzung - angesetzt werden.

Da Österreich nicht mit allen EU-Staaten gemeinsame Grenzen hat, sondern „nur“ mit Deutschland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Italien werden diese Grenzkontroll- und Wartezeitkosten unmittelbar für die Exportzahlen in diese Länder wirksam. Damit sind rund 68 Milliarden Euro Exportvolumen (im Jahr 2017) betroffen. Zwei Prozent des Exportwarenwertes mit den angrenzenden EU-Staaten entsprechen daher rund 1,4 Milliarden Euro Zusatzkosten für die Wirtschaft!

Just - in time Lieferungen sind stark erschwert! Nachdem Wartezeiten an den Grenzen nicht kalkulierbar sind und z.B. die großen Automobilwerke im benachbarten Deutschland die Zulieferungen innerhalb eines Zeitfensters von +/- einer Stunde erwarten, um sich die Lagerhaltung zu ersparen, müssen österreichische Lieferanten in der Lieferkette eventuell überlegen, Auslieferungslager in Deutschland oder einem anderen Zielland einzurichten, um rechtzeitig liefern zu können und hohe Pönalstrafen für verspätete Lieferungen zu vermeiden. Dies betrifft insbesondere die (KFZ-) Zulieferindustrie.

Tagestourismus leidet besonders! Auch im Tourismus sind schon negative Effekte der vermehrten Grenzkontrollen und Wartezeiten an den Grenzen zu verzeichnen. Insbesondere in grenznahen Schigebieten ist der Rückgang von Tagestouristen signifikant. Welcher italienische Tourist möchte schon gerne stundenlang an der österreichischen Grenze stehen, bevor er dann endlich im Zielgebiet die Pisten hinunterwedeln kann? Und welcher bayrische Tourist will nach einem anstrengenden Schitag in Österreich bei der Rückreise im Stau stehen? Im Durchschnitt liegen die Schätzungen bei einem Rückgang zwischen 10-30 Prozent in Westösterreich, wobei manche Schigebiete stärker betroffen sind als andere (Befragung einzelner Unternehmen im Bereich der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft der WKÖ). Auch das Schigebiet am Semmering in Niederösterreich, das vor der Ostöffnung und EU-Erweiterung eher ein „Schattendasein“ geführt

hatte, und durch einen Tourismusboom aus Ungarn und der Slowakei zum „Zauberberg“ aufblühte, könnte wieder schlechtere Zeiten erleben. Gleiches gilt natürlich auch für den Kulturtourismus im Rahmen von Kurzreisen. Sollten sich die Wartezeiten (derzeit bis zu 1 Stunde) deutlich erhöhen, würde der Einbruch bei Tagestouristen signifikant stärker werden. Das Verhältnis zwischen Zeitaufwand und Treibstoffverbrauch einerseits und Erlebniswert andererseits wäre massiv negativ beeinträchtigt. Das betrifft nicht nur den Wintertourismus und Gastronomie bzw. Hotels, sondern auch Tages-Besuche von Freizeiteinrichtungen sowie von Kino- Kultur- und Vergnügungsbetrieben.

Pendler massiv betroffen! Nicht vergessen werden sollen aber auch zahlreiche Arbeitnehmer, die entweder aus Österreich zu Arbeitsstellen im Ausland pendeln oder Arbeitskräfte mit ausländischem Wohnsitz, die nach Österreich zur Arbeit hereinqupendeln.

34.148 oder 0,8 % der in Österreich wohnhaften Erwerbstätigen arbeiten zum Stichtag der letzten Erwerbsstatistik (2015) im Ausland. 92,6 % oder 31.635 der Pendlerinnen und Pendler ins Ausland haben einen Job in einem der acht Nachbarstaaten Österreichs. Von allen Erwerbstätigen im Ausland haben die meisten ihren Arbeitsplatz im benachbarten deutschsprachigen Ausland: 35,3 % in Deutschland, 24,8 % in der Schweiz und 16,6 % im Fürstentum Liechtenstein. Nach Slowenien pendeln 5,8 %, nach Ungarn 3,5 % und in die übrigen benachbarten Länder Tschechische Republik, Slowakei und Italien insgesamt 6,6 %.

Grenzkontrollen und -wartezeiten führen auch hier zu einer massiven Verschlechterung der Situation für diese Arbeitnehmer. Andere europäische Studien bestätigen die Richtigkeit der österreichischen Einschätzungen:

EU-Kommission, dänisches Forschungsinstitut Cepos, Think Tank Bruegel

Laut Kommissionspräsident Juncker² gibt es pro Jahr **57 Millionen grenzüberschreitende Straßentransporte** in der EU. Pro LKW könnten jährliche Zusatzkosten von 55.000 Euro durch Steh- und Wartezeiten entstehen! Wenn bei diesen Fahrten jeweils eine Stunde zusätzlicher Wartezeit in Kauf genommen werden müsste, würden **zusätzliche Kosten von drei Milliarden Euro entstehen**. **Zusätzliche Belastungen für Unternehmen** sind zu erwarten, weil sie zu höheren Lagerbeständen gezwungen werden oder auf nationale Zulieferer umstellen müssten, um Verzögerungen infolge der Grenzkontrollen zu vermeiden. Hinsichtlich der Pendlerproblematik beruft sich die EU-Kommission auf eine Studie des dänischen Forschungsinstituts Cepos, wonach die Öresund-Brücke zwischen Dänemark und Schweden täglich von 100.000 Pendlern genutzt wird. Demnach verlängert

² Statement vom 15. Jänner 2016, zitiert in EurActiv unter <http://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/juncker-restoring-borders-will-kill-internal-market/>

sich die Fahrzeit wegen der Passkontrollen um 20 Minuten, wodurch allein an dieser Brücke ein volkswirtschaftlicher Schaden von 300 Millionen Euro pro Jahr entstehe. Die Kosten durch Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Dänemark beziffert Cepas laut EU-Kommission auf 90 Millionen Euro pro Jahr.

Die Kommission weist auf eine Erhebung des Forschungsinstituts Bruegel³ hin, wonach der Anteil der Pendler an der Gesamtbevölkerung in der Slowakei mit 5,7 Prozent, in Estland mit 3,5 Prozent und in Ungarn mit 2,4 Prozent besonders hoch sei. Die slowakische und ungarische Regierung gelten als scharfe Kritiker der Flüchtlingspolitik von EU-Kommission und deutscher Bundesregierung.

EU-Kommission

Bereits im März 2016 hat die EU-Kommission einen ambitionierten Zeitplan für notwendige Maßnahmen zu einer uneingeschränkten Wiederherstellung des Schengen-Raumes vorgelegt. Das Ziel war eine Aufhebung aller internen Grenzkontrollen bis Ende 2016. Die Eckpunkte waren der Schutz der Außengrenzen, Unterstützung für Griechenland, Abstellung der Praxis des „Durchwinkens“ sowie ein kohärentes Konzept bei internen Grenzkontrollen. Die Kommission betonte schon damals auch die Kosten, die mit einer Aufgabe von Schengen verbunden wären. Vorübergehende Grenzkontrollen behindern nicht nur die Freizügigkeit von Personen, sie verursachen auch beträchtliche wirtschaftliche Kosten.

Die Aufrechterhaltung von Grenzkontrollen wurde jedoch seitens der Kommission weiter genehmigt. Zuletzt hat sie im September 2017 Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung des Schengen-Raums vorgeschlagen. Die nach den Artikeln 25 und 27 des Schengener Grenzkodexes geltenden Fristen für Kontrollen an den Binnengrenzen sollen demnach auf bis zu ein Jahr (anstelle von sechs Monaten) erhöht werden. Zudem erhalten die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, Kontrollen ausnahmsweise zu verlängern, wenn Sicherheitsbedrohungen anhalten.

Nach damaligen Schätzungen der Kommission würden die Kosten einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen **zwischen allen Schengen-Staaten jährlich zwischen 5 und 18 Milliarden Euro** betragen:

- In Mitgliedstaaten wie Polen, den Niederlanden oder Deutschland würden für den Straßentransport von Handelswaren zusätzliche Kosten von über 500 Mio. Euro anfallen.
- In Spanien und der Tschechischen Republik würden den Unternehmen zusätzliche Kosten von über 200 Mio. Euro entstehen.

³ <http://bruegel.org/2015/12/cross-border-commuters-and-trips-the-relevance-of-schengen/>

- Die Grenzkontrollen hätten für Grenzgänger oder die Unternehmen, die sie beschäftigen, einen Zeitverlust zur Folge, der mit Kosten zwischen 2,5 und 4,5 Milliarden Euro zu beziffern wäre.
- Die Zahl der Touristenübernachtungen in der EU könnte um mindestens 13 Millionen abnehmen, was die Tourismusbranche insgesamt 1,2 Milliarden Euro kosten würde.
- Den Staaten würden Verwaltungskosten in Höhe von mindestens 1,1 Milliarden Euro für das für Grenzkontrollen zusätzlich benötigte Personal entstehen.

Studie der französischen Denkfabrik France Stratégie

Nach dieser Studie lägen die wirtschaftlichen Kosten einer dauerhaften Wiedereinführung von Grenzkontrollen für die Schengen- Länder längerfristig bei mehr als 100 Milliarden Euro. Grenzkontrollen würden sich negativ auf Tourismus, Handel und Grenzgänger auswirken, allein für **Frankreich würden die kurzfristigen wirtschaftlichen Kosten bei ein bis zwei Milliarden Euro pro Jahr** liegen, weil Touristen ausblieben, grenzüberschreitende Arbeit behindert und der Handel zwischen den Staaten gebremst werde.

Die **längerfristigen Folgen** wären noch schwerwiegender: Permanente Grenzkontrollen kämen einer Steuer auf den Handel zwischen den Schengen-Ländern in Höhe von drei Prozent gleich. Der Handel würde in der Folge um zwischen zehn bis 20 Prozent zurückgehen. Die Forscher beziffern diese Kosten für ein Jahr für Frankreich auf mehr als 13 Milliarden Euro - das entspricht einer Verminderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,5 Prozentpunkte. „Für die Länder des Schengen-Raums lägen die Auswirkungen eher bei 0,8 Punkten des BIP, also mehr als 100 Milliarden Euro“, heißt es in der Studie. Eine Wiedereinführung der Grenzkontrollen hätte auch Folgen für ausländische Investitionen und die Finanzströme. Diese seien aber nur schwer abzuschätzen.

Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung

Eine aktuelle Untersuchung der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann Stiftung berechnet die Wachstumsverluste verschiedener europäischer Staaten im Zeitraum 2016- 2025. Sie kommt zum Ergebnis, dass die Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen das wirtschaftliche Wachstum in der EU erheblich drosseln würde. Einige Länder wären demnach von dauerhaften Grenzkontrollen besonders stark betroffen. Dazu zählen Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Polen und vor allem Österreich.

Ausgangspunkt der Berechnungen sind die Zeitverluste, die sich aus den Kontrollen an den Grenzen innerhalb Europas ergäben. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen würde somit zu Kosten- und Preissteigerungen führen, die sich negativ auf das Wirtschaftswachstum in Europa auswirkten.

Bereits bei einem optimistischen Szenario mit einem moderaten Anstieg (1 Prozent der Preise) für aus dem europäischen Ausland importierte Güter wären die damit verbundenen Wachstumseinbußen erheblich: für die EU werden Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von insgesamt rund 470 Milliarden Euro innerhalb von zehn Jahren erwartet.

In einem pessimistischen Szenario wird von einem noch höheren Anstieg der Importpreise (3 Prozent der Preise) ausgegangen. Die Wachstumsverluste würden im 10-Jahreszeitraum rund 1.430 Milliarden Euro betragen. In den Jahren 2015-2025 lägen die Einbußen für Frankreich zwischen 81 und 244 Milliarden Euro, für Deutschland zwischen 77 und 235 Milliarden Euro aus und für Österreich bis zu 43,2 Milliarden Euro.

TABELLE 1 BIP-Abweichungen Westeuropa, 2015–2025

Westeuropa	Szenario 1		Szenario 2	
	Differenz Referenzszenario, in %-Punkten p. a.	Kumulierter Effekt, in Mrd. Euro	Differenz Referenzszenario, in %-Punkten p. a.	Kumulierter Effekt, in Mrd. Euro
Deutschland	-0,03	-77,2	-0,08	-234,8
Frankreich	-0,04	-80,5	-0,13	-244,3
Großbritannien	-0,06	-87,2	-0,18	-264,3
Italien	-0,03	-48,9	-0,11	-148,5
Österreich	-0,05	-14,2	-0,14	1-43,2
Schweiz	-0,02	-9,4	-0,07	1-28,7
Spanien	-0,05	-46,2	-0,14	-140,8
EU-24	-0,04	-470,5	-0,12	-1430,1

Quelle: Prognos AG

Wirtschaftsinstitut CGIA - Italien

Laut Schätzungen des italienischen Wirtschaftsinstituts CGIA würde die Außerkraftsetzung des Schengen-Abkommens Italien über zehn Milliarden Euro pro Jahr kosten.

Je nach Strenge der Grenzkontrollen könnte die Aussetzung des Schengen-Abkommens für das südliche Nachbarland Österreichs zwischen 0,3 Prozent und 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kosten, so die Studie von CGIA. Wartezeiten an den Grenzen führen zu höheren Transport- und Speditionskosten. Die Einbußen für Italiens Fremdenverkehr könnten zwischen 233 Millionen Euro und 465 Millionen Euro pro Jahr betragen.

 Link: <http://www.cgiamestre.com/>

Ifo-Institut München

Auch Berechnungen des IFO haben ergeben, dass die systematische Kontrolle von Personen an Schengen-Grenzen die Wirtschaftsleistung dämpfen würde. Basis für die Berechnungen sind empirische Studien, wonach der Warenhandel zwischen europäischen Ländern um rund 1,4 Prozent sinkt, wenn die durchschnittliche Reisezeit um 1 Prozent zunimmt. Personenkontrollen wirken wie ein Zoll von 0,5 Prozent im Warenhandel und 0,8 Prozent im Dienstleistungshandel.

Würden **Kontrollen an allen österreichischen Grenzen** eingeführt, dann läge der gesamte Außenhandel (Importe und Exporte) Österreichs um 2,4 Prozent (8,4 Milliarden Euro) niedriger als ohne die Kontrollen. Das reale österreichische BIP würde um 400 bis 990 Mio. Euro sinken. **Kontrollen an allen Schengen-Grenzen** würde das gesamte Handelsvolumen um 4,25 Prozent schrumpfen. Das BIP Österreichs würde um 790 Millionen bis 1,96 Milliarden Euro (0,24 bis 0,59 Prozent) niedriger ausfallen.

Für die ganze EU bedeuten systematische Grenzkontrollen entlang der Flüchtlingsrouten Mehrkosten von bis zu 15 Milliarden Euro. Würden in der EU an allen Schengen-Grenzen wieder Kontrollen eingeführt, dann würde laut Ifo-Institut in den 27 EU-Staaten (Kroatien musste wegen fehlender Daten aus der Berechnung für die EU-Staaten ausgenommen werden) der gesamte Handel um 4,7 Prozent (576,9 Milliarden Euro) pro Jahr niedriger liegen. Das BIP der EU würde sich um 0,19 bis 0,47 Prozent verringern - das sind 26,65 bis 65,82 Milliarden Euro pro Jahr.

🌐 Link: <http://www.cesifo-group.de/>

Fazit

Die Einführung von (flächendeckenden) Grenzkontrollen und die damit verbundenen Wartezeiten an Österreichs Grenzen zum benachbarten EU-Ausland (in diesem Artikel wurden die Nicht-EU-Länder Schweiz und Liechtenstein ausgespart, obwohl beide Länder auch dem Schengen-Raum angehören) führen bereits jetzt zu massiven Kostenbelastungen in der österreichischen Wirtschaft.

Die Politik ist daher gefordert, die Maßnahmen so zu setzen, dass der Warenverkehr möglichst wenig betroffen wird. Generell muss die rasche Wiederherstellung des Schengen-Raums ohne Grenzkontrollen auf europapolitischer Ebene Priorität haben. Neben der gemeinsamen Währung in der Euro-Zone ist die Reisefreiheit im Schengen-Raum der wohl augenscheinlichste Vorteil der Europäischen Integration für die Bürger.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Schengen-Außengrenzen wirksam sind und die Kontrollen funktionieren! Unter den gegebenen - suboptimalen - Rahmenbedingungen bieten sich

folgende Lösungsvorschläge an: Grenzkontrollen für Touristen und den Warenverkehr sollten so kurz wie möglich gehalten werden, beispielsweise durch Einrichtung von eigenen Wirtschaftsspuren. Bzw. sollten die Kontrollen der LKW auf das absolute Mindestmaß beschränkt werden (z.B. Einsatz von Wärme-(Infrarot-) Kameras, CO₂-Meßgeräten etc.) um sehr schnell feststellen zu können, ob im betreffenden Transportmittel Schlepper Flüchtlinge transportieren oder nicht.

„Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft mit einer sehr hohen Außenorientierung sowohl im Warenverkehr als auch im Dienstleistungsbereich (Tourismus) ist im Vergleich mit großen Volkswirtschaften mit wenigen Außengrenzen und einem großen Binnenmarkt von den wirtschaftlichen Schäden besonders betroffen!“

Impressum:

Wirtschaftskammer Österreich | Stabsabteilung EU-Koordination
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T: 05 90 900 - 4316 | eu@wko.at
Für den Inhalt verantwortlich: MMag. Christian Mandl
Autoren: MMag. Christian Mandl, Mag. Micaela Kleedorfer
Juli 2018